

# Maßnahmen der Bonner Regierung gegen ausländische Gastarbeiter

15. April 1964

Einzelinformation Nr. 313/64 über Maßnahmen der Bonner Regierung gegen ausländische Gastarbeiter

## Quelle

BStU, MfS, ZAIG 883, Bl. 1–2 (4. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Florin, Glückauf – MfS: Wolf/HV A VII, Ablage.

## Vermerk

Unter dem Titel: »Quelle: Übersetzung aus dem Russischen«.

## Bemerkungen

Das 3. Exemplar wurde nicht an Wolf, sondern an dessen Stellvertreter Fruck übergeben ( BStU, MfS, ZAIG 6085b, Bl. 371).

Zuverlässig wurden Maßnahmen der Bonner Regierung gegen den Einfluss der Kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens unter den ausländischen Gastarbeitern in der Bundesrepublik<sup>1</sup> und gegen die Rundfunksendungen der sozialistischen Staaten für diese Arbeiter bekannt.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde beauftragt, Mitglieder kommunistischer Parteien unter den ausländischen Gastarbeitern festzustellen, da die Bonner Regierung der Meinung sei, dass KP-Mitglieder vor allem aus Italien und Spanien als Gastarbeiter nach Westdeutschland geschickt werden. Auf Empfehlung des Verfassungsschutzes schlug die Bonner Regierung der spanischen Regierung gemeinsame Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei Spaniens<sup>2</sup> vor. Dabei verwies sie darauf, dass die spanischen Kommunisten gemeinsam mit Funktionären der KPD danach strebten, in den Industriebetrieben der Bundesrepublik illegale Organisationen der spanischen Arbeiter zu schaffen, deren Mitglieder darauf vorbereitet würden, sich nach ihrer Rückkehr nach Spanien mit der Entfaltung der Arbeit der Kommunistischen Partei zu befassen.

Zur Bekämpfung des kommunistischen Einflusses auf die italienischen Gastarbeiter erwägt die Bonner Regierung ein Verbot der Verbreitung der Zeitung »Unità«<sup>3</sup> in Westdeutschland. Mit den entsprechenden italienischen Institutionen finden zurzeit darüber Verhandlungen statt.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde auch mit der Beobachtung des Büros für Fragen des Kampfes ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik und des Koordinierungsbüros für die ausländischen Gastarbeiter in Westdeutschland in Prag beauftragt. Im Auftrage des Verfassungsschutzes soll das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die Rundfunksendungen aus sozialistischen Ländern für die Gastarbeiter stärker unter Kontrolle nehmen. Besondere Aufmerksamkeit würde dabei den Sendungen aus der DDR, der ČSSR und Ungarn in spanischer, italienischer, französischer und deutscher Sprache gewidmet. Das Presse- und Informationsamt arbeitet in dieser Frage mit dem amerikanischen Auslandsrundfunkdienst in Frankfurt zusammen und übermittelt ihm ständig Analysen der betreffenden Sendungen.

Im Interesse der Sicherheit der Quelle darf keine publizistische Auswertung vorgenommen werden.

1

Auf der 111. Sitzung des Bundeskabinetts am 19.2.1964 brachte der Staatssekretär im Verteidigungsministerium Volkmar Hopf seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass »die kommunistische Beeinflussung unter den 900 000 ausländischen Arbeitnehmern [...] mittlerweile ein gefährliches Ausmaß angenommen habe, sodass sogar schon eine Reihe der Heimatstaaten bei der Bundesregierung deswegen vorstellig geworden« sind. – Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 17: 1964, München 2007, S. 144.

2

Die Kommunistische Partei Spaniens war seit der Niederlage der Republik gegen die Putschisten unter Franco 1939 verboten und blutigen Verfolgungen ausgesetzt. Zuletzt wurde im Jahre 1963 das Mitglied des ZK der PCE, Julian Grimau, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

3

1924 von Antonio Gramsci gegründete Tageszeitung, offizielles Organ der Italienischen Kommunistischen Partei.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.